

II - 10726 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5396 IJ

1990-04-11

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Blünegger, Dr. Partik-Pablé
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend nachteilige Folgen der Anerkennung als begünstig-
ter Behindertener

Zahlreiche Behinderte beklagen sich darüber, daß sie durch ihre Einstufung als begünstigte Behinderte im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes erhebliche Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Viele Arbeitgeber zahlen lieber Ausgleichstaxe, als daß sie die mit der Einstellung des begünstigten Behinderten verbundenen Erschwernisse für ihren Betrieb auf sich nehmen würden. Dies führt dazu, daß gerade begünstigte Behinderte von den Betrieben kaum eingestellt werden und viele von ihnen ihre "Begünstigung" bereits verschweigen, um so einen normalen Arbeitsplatz zu bekommen.

Das Behinderteneinstellungsgesetz wirkt sich also bei der Arbeitssuche eher negativ aus, was sicherlich nicht dem Sinne des Gesetzeswerkes entspricht. In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des BEinstG auf die arbeitssuchenden Behinderten?
- 2) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Stellung begünstigter Behindeter auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern?
- 3) Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, anstatt der "Strafbestimmungen" wie zum Beispiel der Ausgleichstaxe vermehrt positive Anreize zur Einstellung benachteiligter Personen- gruppen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen?